

Beilage zu Nr. 146 der „Thorner Presse“.

Sonnabend den 26. Juni 1897.

Preussischer Landtag.

Herrenhaus.

23. Sitzung am 24. Juni. 1 Uhr.

Am Regierungstische: Minister v. d. Recke.
Tagesordnung: Berathung und Beschlußfassung über die geschäftliche Behandlung der Vereinsrechts-Novelle.

Herr v. Buttkeamer-Carzin befürchtet, daß er mit seiner Stellungnahme zur Vorlage nach dem Rufe, der ihr vorangehe, der Regierung einen schlechten Dienst erweise. Er habe zehn Jahre seines Lebens dazu angewendet, den Umsturz zu bekämpfen; die Regierung verdiene die vollste Anerkennung dafür, daß sie wieder an die Sache herantrete. (Lebhafter Beifall.) Der Entwurf sei nun aber arg verstümmelt worden. Im Lande ständen unbegrenzte Schaaren königstreuer Männer, die nicht begreifen könnten, daß die Regierung dem herrschenden Treiben mit verschränkten Armen zusehe. Man habe der Vorlage gegenüber alle die alten Argumente wieder vorgeholt, die man gegenüber dem Sozialistengesetz angeführt habe; aber Herr Bamberger habe damals ganz richtig gesagt: Entweder erwehren wir uns der Sozialdemokratie oder sie vernichtet uns. Das Gesetz sei streng, aber gerecht ausgeführt worden. Nach Aufhebung des Sozialistengesetzes hat die Sozialdemokratie einen eminenten Aufschwung genommen; nie hat sie früher solche Erfolge bei den Wahlen errungen; die Streiks waren nie früher so zahlreich wie jetzt, die Vergewaltigung gegen arbeitende Kollegen war früher nie so groß als heute. Die Sozialdemokratie ist die alte geblieben; die Redensart von der Bekämpfung mit geistigen Waffen ist unhaltbar. Die Sozialdemokratie hat ja wissenschaftliche Vorläufer gehabt, aber heute kämpft sie nur mit mechanischen Mitteln. Lassen wir ihr den Willen, so sind wir am Anfang vom Ende. (Sehr richtig!) Der vorliegende Gesetzentwurf ist vollständig unzureichend, und der Ausschluß Minderjähriger wiegt die Nachteile nicht auf, welche die Aufhebung des Inverbindungtretens politischer Vereine mit sich bringt. Wir müssen mehr verlangen; unser Feind ist die Sozialdemokratie; wir brauchen ein Gesetz, welches sich gegen diese wendet. Oberbürgermeister Dr. Giese-Altona findet die sozialdemokratische Gefahr darin, daß sich deren Agitation auf das wirtschaftliche Gebiet erstreckt, wie das beim Hamburger Hafenarbeiterstreik sich gezeigt hat. In dieser Richtung wären Präventivmaßregeln erwünscht, wenn auch nicht in dem weiten Umfange, wie Vordredner sie für nöthig hält. Es muß namentlich verhütet werden, daß die arbeitswilligen Arbeiter bedroht und eingeschüchtert werden. Man

kann den Arbeitgebern nicht zumuthen, sich selbst Schutz-Truppen zu halten. (Beifall.) Graf Klinkowström hält es für unmöglich, die Vorlage, diesen Torso ohne Kopf und Beine, anzuerkennen. Ausgegangen sei die Bewegung gegen das Gesetz von den großen Städten, die doch wahrlich alle Ursache hätten, sich vor der Sozialdemokratie zu schützen, denn eine große Stadt nach der anderen gehe an die Sozialdemokratie über. Bei den Reichstagswahlen hezten die Sozialdemokraten die ländlichen Arbeiter auf, sodaß hier Verbrechen aller Art zu fürchten seien. (Beifall.) Hiergegen müßten strenge Maßnahmen getroffen werden. Wir würden die Vorlage in der Kommission dementsprechend ändern, aber wir müssen auch die Sicherheit haben, daß ein solches Gesetz zur Annahme gelangt. Nur wenn die Regierung eine befriedigende Erklärung abgibt, hat für uns die weitere Arbeit einen Zweck. Minister v. d. Recke: Die Regierung legt den größten Werth darauf, die Vorlage zum Abschluß zu bringen, und würde noch in dieser Session die Vorlage zur anderweitigen Beschlußfassung dem Abgeordnetenhaus vorlegen, wenn dieses hohe Haus eine Aenderung im Sinne der Regierungsvorlage beschließt. (Bravo!) Oberbürgermeister Zelle-Berlin wendet sich gegen Verschärfungen unter Bezugnahme auf die Erfahrungen mit dem Sozialistengesetz. Die, welche für Verschärfungen eintreten, seien bei der Handhabung jenes Gesetzes immer nur Hammer, aber niemals Amboss gewesen. Frhr. v. Manteuffel hält es für die Pflicht der Regierung, für Preußen ein Sozialistengesetz zu schaffen, da es im Reiche nicht durchführbar sei. Oberbürgermeister Westerburg-Kassel äußert sich im Sinne Zelles. Frhr. v. Stumm erklärt es als einen Irrthum, daß im Reichstag die Mehrheit gegen ein Sozialistengesetz gewesen sei; nur durch das Hineinbringen der Ausweisungfrage sei eine zufällige Mehrheit gegen das Gesetz entstanden. Ohne Ersatz könne man § 8 nicht aufheben, umsoweniger, als Bayern, Sachsen, Hamburg die von der Regierung gewünschten Bestimmungen haben. Worauf sollen wir denn jetzt, nachdem die Herren Bebel und Genossen die Freiheit gehabt haben, die Aufhebung des Majestätsbeleidigungsparagraphen zu verlangen, noch Rücksicht nehmen? Die Möglichkeit, daß das Abgeordnetenhaus zu anderen Entschlüssen kommt, ist durchaus nicht ausgeschlossen. Jedenfalls wollen wir für ein Scheitern der Vorlage dem Abgeordnetenhaus die Verantwortung überlassen. (Beifall.) Oberbürgermeister Becker-Köln kann zur Zeit ein Bedürfnis zum Vorgehen gegen die Sozialdemokratie nicht anerkennen. Nützlicher als alle Gesetze sei eine kräftige Exekutive, für welche die bestehenden Ge-

setze ausreichten. Alle die vielen Gesetze nützen nichts! Oder nützen sie in Sachsen! Um Gottes willen! Oder in Hamburg? Ich bitte Sie! (Weiterkeit.) Wir sollten uns mit der Abgeordnetenhaus-Vorlage begnügen. Graf Pfeil-Hausdorff erklärt sich für die Vervollständigung der Vorlage im Sinne der Bedük'schen Anträge und stellt auch weitere Anträge gegen die Sozialdemokratie, die sich außerhalb des Gesetzes stelle, in Aussicht. Prof. Dr. Hinrichs weist die früher von Frhrn. von Stumm gegen die Professoren erhobenen Vorwürfe zurück, daß sie sozialistische Theorien vertreten. Er könne auf Grund 25jähriger Erfahrung erklären, daß die Professoren es sich angelegen sein lassen, die Jugend im monarchischen Sinne zu unterweisen. (Beifall.) Oberbürgermeister Bender-Breslau: Die Sozialdemokratie wird sofort ungefährlich, sobald ihre Theorien ungehindert öffentlich erörtert werden können; dann wendet sich der ruhig denkende Mann von ihnen ab. Herr v. Stumm sollte nachsichtiger sein, denn ihm ist es heute passiert, daß er von Frechheit, Heuchelei und von der an Majestätsbeleidigungen freisenden Rede des Abg. Richter sprach. Frhr. v. Stumm weist darauf hin, daß die Sozialdemokraten in Marseille die Kommune banterott wirtschafteten. Herr Becker sollte einmal in das Kohlenrevier kommen, wo die Lausbuben in die Versammlungen gehen und lärmten. Die von ihm gebrauchten Ausdrücke halte er aufrecht. Gegen Schmoller und andere Professoren habe er nur den Vorwurf erhoben, daß sie durch ihr Verhalten der Sozialdemokratie Nationalökonomien im Sinne gehabt.

Damit schließt die Debatte. Die Vorlage geht an eine Kommission, bestehend aus den Herren: Becker, Bender, Graf Dohna, Graf Frankenberg, Giese, Graf Kleist-Schmenzin, Graf Klinkowström, v. Knebel, v. Lucius, v. Neumann, Graf Pfeil, v. Buttkeamer, Graf Udo Stolberg, Frhr. v. Stumm und v. Wedel.

Sonnabend 1 Uhr: Kleine Vorlagen. (Schluß 4 1/2 Uhr.)

Abgeordnetenhaus.

99. Sitzung am 24. Juni 1897. 11 Uhr.

Auf der Tagesordnung: Petitionen.
Ueber eine Petition um Zulassung der Frauen zum Univeritätsstudium beantragt die Kommission zur Tagesordnung überzugehen. Abg. Richter (fr. Vg.) tritt für die Forderungen der Petenten ein und beantragt, daß die Petition der Regierung wenigstens als Material für die nothwendige Regelung überwiesen werde. Vom Regierungstische aus wurde erklärt, daß prinzipielle Schwierigkeiten seitens der Regierung in der Frage nicht

erhoben würden; jedoch fordere die bisherige Entwicklung derselben eine schonende Fortführung und Weiterentwicklung der ganzen Angelegenheit. Nach längerer Debatte, in welcher die Abgg. Dr. Langerhans (fr. Vp.), Dr. Sattler (nl.), Dr. Gerlich (freik.) und v. Chuern (natl.), letzterer, ohne der Frau Gleichberechtigung mit dem Manne zugestehen zu wollen, für Ueberweisung als Material eingetreten, wird über die Petition zur Tagesordnung übergegangen.

Morgen 12 Uhr: Interpellation des Grafen Arnim, betreffend die Berliner Frühbörse, kleine Vorlagen, Petitionen.

Deutscher Reichstag.

236. Sitzung am 24. Juni 1897. 12 Uhr.

Am Bundesrathstische: Staatssekretär Dr. v. Bötticher.

Die Berathung der Gewerbenovelle (Organisation des Handwerks) wird fortgesetzt bei Artikel 10, welchen ein Antrag Auer neu einzufügen beabsichtigt. Der Antrag will die Bestimmungen der dem Reichstage noch vorliegenden, bei der Geschäftslage aber nicht mehr zur Erledigung kommenden, durch die Verhältnisse in der Konfektionsindustrie veranlaßten (zweiten) Gewerbenovelle in die vorliegende Novelle aufnehmen. Präsident v. Bülow macht vorweg darauf aufmerksam, daß der Antrag Auer demgemäß ja auch Abänderungen des Krankenversicherungsgesetzes vorschläge, was jedenfalls mit dem Rahmen der gegenwärtigen Vorlage nicht zu vereinigen sei. (Rufe: Sehr richtig!) Nach kurzer Debatte hierüber wird zunächst in die Debatte über § 114a eingetreten, demzufolge der Bundesrath für bestimmte Gewerbe Lohnbücher oder Arbeitszettel soll vorschreiben können, in denen Art und Umfang der Arbeit, Lohnsätze, Bedingungen für Lieferung von Werkzeugen und Stoffen u. zu beauftragten sind.

Nachdem Abg. Mollenbuhr den Antrag empfohlen, erklärt Abg. Frhr. v. Hertling, er wolle nicht in die Materie eintreten. Die Kommission für die zweite Gewerbenovelle habe es ebenfalls für richtig gehalten, angesichts der Geschäftslage diese Materie nicht noch zu berathen. Die Regierungsvorlage wäre er selber geneigt gewesen, pure anzunehmen, und er glaube, dasselbe von seiner Partei sagen zu können. Aber der jetzige Antrag Auer enthalte doch manches, was man ablehnen müsse. Und da sei es das Beste, nicht erst einzelnes herauszugreifen, sondern für jetzt den Antrag Auer abzulehnen. Abg. Seyl v. Herrasheim schließt sich dem an, dabei noch ausführend, daß der Antrag Auer in dieser Beziehung den Wünschen der Arbeiter selbst nicht

genügen würde. Seine Freunde lehnten es auch ab, in so überstürzender Weise vorzugehen. Abg. Gamp ist gleichfalls gegen den Antrag, weil seine Freunde keinesfalls dem Bundesrathe so weitgehende Vollmachten geben wollten. Abg. v. Levesow äußert sich ebenfalls gegen Vornahme der Berathung dieser Materie bei der jetzigen Geschäftslage. Abg. Singer spricht sein Bedauern darüber aus, daß die anderen Parteien nicht ihre Sehnsucht nach den Sommerferien noch ein paar Tage unterdrücken könnten. Den Gründen namentlich des Herrn v. Hehl werde niemand im Lande Glauben schenken, denn man wisse zur Genüge, wie die Nationalliberalen jedem gesetzgeberischen Fortschritt auf sozialem Gebiete hinderlich seien. So lange auf diesem Gebiete Stumm Trumpf sei, müsse man für die Arbeiter alles zu retten suchen, was irgend gerettet werden könne. Wer wisse denn, wie der Bundesrath später denke, wenn erst für Herrn v. Bötticher die Scheidestunde geschlagen haben werde? Abg. Richter: Die Sozialdemokraten besitzen einen Glauben an die Heiligkeit solcher einschränkenden Bestimmungen, den wir durchaus nicht theilen können. Mit solchen Vollmachten für den Bundesrath können Sie den Arbeitern unter Umständen mehr schaden als nützen. Und da sollten wir jetzt im letzten Augenblicke so wichtige Beschlüsse überstürzt fassen? Nun sagt freilich Herr Singer: Stumm sei Trumpf; ja, wenn das wahr wäre, dann würde ja Herr Stumm doch nicht von diesen Vollmachten Gebrauch machen (Weiterkeit), denn um Vollmachten handelt es sich ja überhaupt nur, und nicht um bindende Vorschriften. In solchem Augenblicke, bei solchem Kladderadatsch innerhalb der Regierung giebt man überhaupt keine Vollmachten. (Weiterkeit.) Abg. Dr. Friedberg (nl.): Singer meint, im Lande glaube man Herrn v. Hehl nicht. Ja, Ihre Sozialdemokraten im Lande freilich nicht, die sind ganz urtheilslos geworden. (Lachen und Beifall.) Die ganze Rede Singers sei lediglich ein agitatorischer Vorstoß gewesen und zeuge nur von völligem Mangel an politischer Reife und Verständniß. Abg. Dr. Hize (Ctr.) fragt die Sozialdemokraten, ob sie denn, falls ihrem Wunsche stattgegeben werde, dann für dieses ganze Gesetz stimmen würden. (Große Weiterkeit. Rufe links: Nein!) Abg. Singer verlangt Aussetzung der Schlußabstimmung über das ganze Gesetz bis zur Erledigung der Materie des Antrages Auer. (Gelächter im Centrum und rechts.) Richter habe mit seinen Ausführungen gegen die Vollmachten darin Recht, daß der Reichstag ebenso klug sei wie der Bundesrath. (Richter: Keine Schmeichelei für den Reichstag! Weiterkeit.) Aber auf sozialpolitischem Gebiete trane er dem Bundesrath jedenfalls viel mehr Verständniß zu als der freisinnigen Partei. (Weiterkeit.) Abg. Hize: Mit dem Antrage Auer wird anscheinend nur bezweckt, die Zahl der Gegner des ganzen Gesetzes zu vermehren und es dadurch zu Fall zu bringen. Abg. Richter: Das Verlangen nach Vollmachten für den Bundesrath ist nur ein Ausfluß der in Deutschland verbreiteten Polizeigefinnung, von der auch die Sozialdemokraten angesteckt sind. (Weiterkeit, Widerspruch Singers.) Ja, Sie wollen ein schneidiges Auftreten der Polizei nicht gegen sich selber, aber gegen andere,

gegen die Arbeitgeber! (Seiterkeit.) Gegen die Unternehmer kann Ihnen die Polizei nicht schneidig genug sein! Abg. Friedberg wendet sich ebenfalls gegen Singer, demselben eine aufrändigere Art zu reden empfehlend. (Unruhe links.) Präsident v. Vuol erblickt hierin den mittelbaren Vorwurf der Unaufrichtigkeit und ruft den Vorredner hierfür zur Ordnung. Der Antrag Auer wird theils abgelehnt, theils zurückgezogen.

Die Kommission hat noch zwei Resolutionen beantragt, eine betr. Geldunterstützung für die Zwungen zur Ausführung der ihnen obliegenden Aufgaben. Die Annahme erfolgt debattelos. Die zweite Resolution will Einführung des Befähigungsnachweises für das Bau- und andere mit erheblichen Gefahren verknüpfte Gewerbe. Ein Amendement Hize hierzu will dasselbe für alle Gewerbe. In dieser Fassung wird die zweite Resolution mit 166 gegen 126 Stimmen angenommen. Dafür Konervative, etwa die halbe Reichspartei, Antisemiten, Welsen und das Centrum mit Ausnahme v. Hertlings. Die Polen stimmten mit der Linken. Die Gesamtstimmabstimmung über das ganze Gesetz wird noch ausgesetzt.

Es folgt die dritte Berathung des Nachtrags- etats für die Besoldungsverbesserungen. In der Generaldebatte plaidirt Abg. Dr. Schaedler (Ctr.) wieder für warme Abendkost für die Soldaten. Schatzsekretär Graf Bojadowsky: Mittel für die warme Abendkost werden in den nächsten Etat eingestellt werden. Die verbündeten Regierungen haben beschlossen, diesem vorliegenden Nachtragsetat in der Fassung, die er bei der zweiten Lesung erhalten hat, zuzustimmen. Abg. v. Kardorff legt den Regierungen dringend an's Herz, endlich etwas für die Landwirtschaft zu thun. (Gelächter links.) Der Nachtragsetat wird unverändert in der Fassung zweiter Lesung bewilligt.

Sodann wird die Servistarif-Vorlage ohne Generaldiskussion en bloc angenommen, unter Ablehnung zweier, Lösen und Militärsch betreffender Anträge.

Nunmehr erfolgt die Gesamtstimmabstimmung, die eine namentliche ist, über die Handwerker-Vorlage. Dieselbe wird mit 183 gegen 113 Stimmen angenommen. Mit Nein stimmten Freisinnige, Sozialdemokraten, süddeutsche Volkspartei, Antisemiten, Polen, ein kleiner Theil der Nationalliberalen, Mezner vom Centrum, Prinz Alexander zu Hohenlohe und von Dallwitz.

Morgen 12 Uhr: Dritte Lesung des noch unerledigten Nachtragsetats. Schluß 4 1/4 Uhr.

Mannigfaltiges.

(Maler ohne Arme.) Bekannt ist Lessing's Wort: „Wenn Raffael ohne Arme geboren wäre, wäre er doch ein berühmter Maler geworden.“ Mehrere Beispiele aus der Kunstgeschichte beweisen, daß diese Behauptung nicht unrichtig ist. Ein Schüler Watteaus, der keine Arme hatte, lernte mit

den Füßen zeichnen und malte sehr beachtenswerthe Bilder. Bemerkenswerth ist auch der Fall eines englischen Künstlers, dem die letzte Nummer der „Magazine of Art“ einen interessanten Artikel widmet. Der Künstler heißt Bertram Miles und stammt aus Bristol. Als Knabe von acht Jahren wurde er von einer Pferdebahn überfahren und verlor beide Arme. Trotzdem gab er seine Neigung für das Zeichnen und Malen, die ihn seit seiner Kindheit begleitet hatte, nicht auf und lernte mit eigener Willenskraft den Bleistift mit dem Munde führen. So lernte er erst schreiben und später zeichnen. Dann besuchte er die Kunstschule in Bristol, und als sechszehnjähriger Jüngling schickte er ein Gemälde zu einer Ausstellung, das allgemeine Bewunderung erregte. Heute ist er eine Berühmtheit, dessen Werke von der Königin von England und von dem Prinzen von Wales gekauft werden.

(Eine verwickelte Sache.) Ein fein gekleideter Herr betrat eilig den Laden mit der Miene eines Mannes, der sich seiner schwierigen Aufgabe wohl bewußt ist. Die Leute, bei denen er vorüberging, hörten ihn eine sonderbare Formel vor sich hermurmeln. Es hatte den Anschein, als fürchte er, daß ihm die eingelernten Worte entweichen und verloren gehen könnten. Schnell näherte er sich dem Ladentisch und begann kühn: „Ich wünsche etwas Rippenband für ein rothes Baby.“ Das Ladenmädchen starrte ihn bestürzt an und schien über den richtigen Sinn seiner Worte nachzudenken. „Nein so,“ verbesserte er sich, „ich möchte ein Baby für ein rothgeripptes — —.“ Die Verkäuferin fing an zu lächeln, und vier Laufburschen, ein Reisender und sieben Damen der Kundschaft traten näher und lächelten auch. Bewirrt fing er noch einmal an. „Ich wollte — nun ja — Sie verstehen — ich meine — so etwas geripptes, rothes Baby für — nein, etwas rothe Bandrippen für Babys — ach, Babyrippen für rothes Band — etwas Baby für rothes Rippenband — etwas geripptes Roth für ein Bandbaby — Himmel, Schwerenoth, werden Sie mich durchlassen?“ Er stürzte wüthend hinaus. Ungefähr eine Stunde später sagte das Ladenmädchen gedankenvoll: „Gewiß hat er gemeint — rothes, geripptes Babyband.“

Verantwortlich für die Redaktion: Heinr. Wartmann in Thorn.

Ämtliche Notirungen der Danziger Produkten-Börse

von Donnerstag den 24. Juni 1897.
für Getreide, Hülsenfrüchte und Olsaaten
für außer den notirten Preisen 2 Mk. per
Tonne sogenannte Faktorei-Provision usancemäßia
vom Käufer an den Verkäufer vergütet.
Weizen per Tonne von 1000 Kilogr. transit
bunt 713—724 Gr. 113—114 Mk. bez.
Gerste per Tonne von 1000 Kilogr. transit
kleine 635 Gr. 74 Mk. bez.
Rüben per Tonne von 1000 Kilogr. transit
Sommer= 190 Mk. bez.
Dotter per Tonne von 1000 Kilogr. transit 135
Mk. bez.
Kleie per 50 Kilogr. Weizen= 2,70—3,00 Mk. bez.,
Roggen= 3,30—3,60 Mk. bez.

Königsberg, 24. Juni. (Spiritus-
bericht.) Pro 10000 Liter pCt. Ohne Zufuhr.
Besser. Loko nicht kontingentirt 40,20 Mk. Br.,
39,70 Mk. Bd., — Mk. bez., Juni nicht
kontingentirt 40,10 Mk. Br., — Mk. Bd., —
Mk. bez.

Solzeingang auf der Weichsel bei Schillno
am 23. Juni.

Eingegangen für Rosenzweig und Lis Duber
durch Kessel 2 Traften, für Rosenzweig 26 kieferne
Balken, Mauerlatten, 249 tamene Balken, 400
eichene Plançons, 3913 eichene einfache Schwellen,
770 Stäbe, für Lis Duber 161 tamene Balken,
397 eichene Plançons; für J. Kalbern durch Wis-
schütz 2 Traften, 316 kieferne Balken, 1500 kieferne
Mauerlatten, 3411 kieferne Sleeper; für S. Beer-
mann durch Wischütz 3 Traften, 4285 Eichen; für
J. M. Steinberg durch Wischütz 1 Trafte, 35
kieferne Mauerlatten, 1320 kieferne Sleeper, 2257
eichene Rundschwellen; für M. Sutin durch Wis-
schütz 3 Traften, 2785 kieferne Balken, Mauer-
latten, 29765 kieferne einfache Schwellen; für
Stolz durch Bohner 6 Traften, 4204 kieferne
Rundhölzer; für S. Bengsch durch Zucker drei
Traften, 940 kieferne Rundhölzer, 900 tamene
Rundhölzer.

Bei jetzigen warmen Tagen

machen wir auf die Mottenvertilgungs-Effiz von Wickers-
heimer aufmerksam. Zu beziehen von J. F. Schwarzlose
Söhne, Berlin SW., Markgrafenstraße 29; à Zl. 0,50
1.—, 1/2 Ltr. 2,75, 1/4 Ltr. 5,50.

Zurückgesetzte Stoffe weg. vorgerühter Saison.

7 Meter Sommerstoff . . .	zum ganzen Kleid für 1,95 Mk.
6 „ „ soliden Stoff . . .	„ „ 2,40 „
6 „ „ Sommer-Nouveauté, „doppeltbreit“ . . .	„ „ 3,00 „
6 „ „ Alpaka-Panama . . .	zum ganzen Kleid für 4,50 „
7 „ „ Prima Mousseline laine, gar. r. Wolle, z. K. f. 5,25 „	„ „

Ausserordentliche Gelegenheitskäufe in modernsten Woll-
und Waschstoffen zu extra reduzierten Preisen versenden
in einzelnen Metern franco in's Haus.

Muster auf Verlangen franco. Modelbilder gratis.
Versandthaus: Oettinger & Co., Frankfurt a. M.

Separatabtheilung für Herrenstoffe.
Buxkin zum ganzen Anzug 4,05 Mk., Cheviot zum ganzen Anzug 5,85 Mk.

Metzer Dombau Geld-Lotterie

4. Reihe

Nur
3 Mark
30 Pfg.
ein Loos.

Genehmigt durch Hohen Erlass des Kaiserlichen Ministeriums. Genehmigt durch Allerhöchsten Erlass Sr. Majestät des Kaisers und Königs vom 3. October 1895 für das ganze Gebiet des Preussischen Staats. Ferner genehmigt in Baden, Bayern, Oldenburg, Braunschweig, Meiningen, Waldeck-Pyrmont, Lübeck.

Nur
3 Mark
30 Pfg.
ein Loos.

6261
Geldgewinne.



6261
Geldgewinne.

Ziehung 10. bis 13. Juli 1897.

Haupttreffer

50,000 Mark
20,000 Mark
10,000 Mark

1 Gewinn à	5000 Mark. =	500000 MARK.
1 " à	3000 Mark. =	300000 MARK.
2 Gewinne à	2000 Mark. =	400000 MARK.
4 " à	1000 Mark. =	400000 MARK.
10 " à	500 Mark. =	500000 MARK.
40 " à	300 Mark. =	120000 MARK.
80 " à	200 Mark. =	160000 MARK.
120 " à	100 Mark. =	120000 MARK.
200 " à	50 Mark. =	100000 MARK.
300 " à	30 Mark. =	90000 MARK.
500 " à	20 Mark. =	100000 MARK.
1000 " à	10 Mark. =	100000 MARK.
4000 " à	5 Mark. =	200000 MARK.

Die Auszahlung der Gewinne erfolgt sofort nach Erscheinen der officiellen Gewinnliste.

Nur **3** Mark 30 Pfg. ein Loos. incl. Reichsstempel.

Jeder Bestellung, welche auf dem Abschnitt der Postanweisung niederzuschreiben ist, sind für Porto und Gewinnliste 20 Pfg. beizufügen. Der Versand der Loose geschieht auch unter Nachnahme des Betrages. Coupons und Briefmarken werden in Zahlung genommen.

Die Loos-Bestellungen bitte ich baldigst zu machen, da solche vor der Ziehung so zahlreich eingehen, dass die prompte Erledigung erschwert wird.

F. A. Schrader, Hauptagentur, Hannover, Gr. Packhofstr. 29,
auch zu haben in allen Lotteriegeschäften u. den durch Plakate kenntlichen Verkaufsstellen.